

Grüne drängen auf Föderalismusreform: Transparenz für Land und Leute!

Die Grünen fordern am 4. April 2025 eine Föderalismusreform zur Verbesserung der Finanztransparenz und Koordination.

Deutschland - Die Grünen haben sich erneut für eine umfassende Föderalismusreform ausgesprochen. Wie **Kleine Zeitung** berichtet, plant der Parteiboss Werner Kogler, Kontakt zu den Regierungsfractionen ÖVP, SPÖ und NEOS aufzunehmen. Ziel ist es, ein gemeinsames Vorgehen zur Koordination von Maßnahmen zu erreichen. Es soll jedoch kein neuer Staatskonvent angestrebt werden. Stattdessen wollen die Grünen kurz- und mittelfristige Maßnahmen einführen, um die staatlichen Strukturen effizienter zu gestalten.

Ein zentrales Anliegen der Grünen ist die Zusammenführung der Ausgaben- und Einnahmenverantwortung, um milliardenschwere Verluste zu vermeiden. Darüber hinaus fordern sie mehr Transparenz bei den Finanzdaten der Länder und Gemeinden. Besonders Finanzsprecher Jakob Schwarz sieht jetzt den richtigen Zeitpunkt, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern zu überdenken. Hohe Erwartungen wird es zudem im Gesundheits- und Pflegebereich sowie in der Bildung geben.

Hintergrund der Föderalismusreformen

Um den Kontext der aktuellen Diskussion zu verstehen, ist es sinnvoll, einen Blick auf die vergangenen Föderalismusreformen zu werfen. Die erste Föderalismusreform wurde am 30. Juni 2006 vom Deutschen Bundestag beschlossen und trat am 1.

September 2006 in Kraft, wie **bpb.de** erläutert. Diese Reform war das Resultat eines langen Aushandlungsprozesses, der bereits in den 1990er Jahren begann, und hatte das Ziel, die politische Machtstruktur nach dem Nationalsozialismus wiederherzustellen.

Die Föderalismusreform I umfasste 25 Änderungen am Grundgesetz und reduzierte den Anteil der Bundesgesetze, die der Zustimmung des Bundesrates bedurften, auf etwa 30 Prozent. Zuvor wurde die Erosion des Solidaritätsprinzips und die Auswirkungen auf wohlhabendere Bundesländer kritisch betrachtet, was die Notwendigkeit weiterer Reformen begründete.

Aktuelle Herausforderungen

Die Reformen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die in der Öffentlichkeit immer wieder thematisiert werden, blieben bisher ungelöst. In den letzten Jahren gab es eine anhaltende Kritik an der komplexen Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern. Diese verfügten über ein „Abweichungsrecht“ zur Schaffung eigener Gesetze in bestimmten Bereichen, was traditionelle Strukturen aufbrach. Der Bund war hingegen immer noch für zentrale Aufgaben wie Melde- und Ausweiswesen sowie für den Schutz des deutschen Kulturgutes zuständig, während die Bildungspolitik weitestgehend Ländersache blieb.

Mit der anstehenden Diskussion über eine neue Föderalismusreform zeigen die Grünen, dass eine Neuausrichtung der bundesstaatlichen Zusammenarbeit notwendig ist. Bei der aktuellen Herausforderung, zentrale Entscheidungen zu treffen und gleichzeitig den Ländern Spielräume für eigene Gesetze zu lassen, könnte die Reform eine entscheidende Rolle spielen. Dies ist besonders relevant, da die Debatten über eine gerechte Finanzausgleichsregelung und die Aufgabenteilung im Gesundheitssektor während der Corona-Pandemie erneut an Bedeutung gewonnen haben.

Insgesamt bleibt die Frage offen, wie die neuen Maßnahmen der Grünen in den bestehenden föderalen Rahmen integriert werden können, ohne die bereits etablierten Strukturen zu destabilisieren. Die Notwendigkeit einer Reform scheint offensichtlich, jedoch ist die Umsetzung bis dato ein komplexes Unterfangen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.bpb.de • de.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at